

Antrag vom 11.01.2017	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
--

Betreff

Theodor-Heuss-Kaserne zu Wohnzwecken entwickeln – Bund könnte Verantwortung mit tragen

Die Theodor-Heuss-Kaserne (früher Funkerkaserne) war in früheren Zeiten ein von der Bundeswehr intensiv genutztes Areal. Im Lauf der Jahrzehnte hat sich die Inanspruchnahme der weitläufigen Anlagen durch die Bundeswehr sehr stark reduziert.

Im Ausschuss für Umwelt und Technik (UTA) wurde schon am 18.01.2011 wie folgt berichtet: „Was die Funkerkaserne angeht, so scheint die Annahme richtig zu sein, dass das Grundstück zu einem großen Teil nicht belegt ist.“

Seit 2011 ist die Inanspruchnahme durch die Bundeswehr nicht gestiegen, sondern hat sich im Gegenteil weiter reduziert. Durch den Bund selbst finden heute lediglich in einem kleinen Teil der Anlagen Schulungen statt. Dort dürften maximal 100 – 150 Bundeswehrangehörige arbeiten. Der größte Teil der Bauwerke ist wohl seit längerer Zeit ungenutzt.

Die Stadt hingegen sucht händeringend nach Wohnbauflächen. Die Theodor-Heuss-Kaserne ist von Wohnbebauung umgeben und ist mit der Stadtbahnlinie U 1 ideal an den ÖPNV angebunden. Die Haltestelle ‚Beskidenstraße‘ an der Nürnberger Straße liegt drei Fußwegeminuten entfernt. Die Umnutzung des Kasernenareals in ein Wohngebiet wäre geradezu ideal.

Deswegen appellieren wir an den Bund, seinen Teil der Verantwortung zu tragen und angesichts des Wohnungsmangels in der Stadt den Weg dafür frei zu machen, die nicht mehr benötigten Flächen einer Wohnnutzung zuzuführen.

Wir beantragen:

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart nimmt mit dem Bund Sondierungsgespräche auf mit dem Ziel, das gesamte Areal der Theodor-Heuss-Kaserne oder große Teilflächen davon zu erwerben.
2. Das Ergebnis der Gespräche wird im Ausschuss für Umwelt und Technik im Frühjahr 2017 dargestellt.
3. Die Stadt entwickelt bei positivem Verlauf der Gespräche einen Rahmenplan, wie das Gebiet zu Wohnzwecken genutzt werden könnte.

Gabriele Munk

Andrea Münch

Andreas G. Winter